

7

Energie a Klima

**Eng Gemeng, déi Klima-
an Energieziler an alle Beräicher
konsequent virun dreiw!**



AKTUELLER STAND

Die Energie- und Klimapolitik in den Gemeinden hat sich in den vergangenen Jahren dank des Klimapakts vielerorts stark verbessert.

Der Klimapakt hat nicht nur eine einheitliche Vorgehensweise mit einem konkreten Ideenkatalog dank eea („european energy award“) eingeführt, sondern er stellt den Gemeinden durch die Klimaberater auch einen Teil der benötigten Manpower für die Planung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung. Der Umweltfonds des Nachhaltigkeitsministeriums (MDDI) sieht zusätzliche staatliche Fördermittel für Klima-Projekte der Gemeinden vor.

Den Gemeinden wird immer bewusster, dass Aktionen und Investitionen in diesem Bereich nicht nur gut für das Klima, sondern auch für die regionale Wertschöpfung und den Erhalt oder die Schaffung von Arbeitsplätzen sind, und dass hiermit auch die Lebensqualität gefördert wird. Der Erfolg der Aktionen hängt dabei von vielen Faktoren ab: Glaubwürdigkeit, Kohärenz, Aufbau eines kommunalen/ regionalen Netzwerks, Einbeziehung der BürgerInnen und Betriebe, der Blick über-den-Tellerrand der Gemeinde hin zur regionalen Zusammenarbeit...

Dabei gilt immer noch der Grundsatz, dass jene Energie die sauberste ist, die nicht gebraucht wird -

egal ob in der Mobilität, bei Gebäuden oder in den Betrieben. Die dennoch benötigte Energie muss verstärkt vor Ort aus erneuerbaren Quellen wie Sonne, Wind, Wasser, Biomasse oder Geothermie erzeugt werden. Nur der „Restbedarf“ soll danach noch durch den Import von „grünem“ Strom und „grüner“ Wärme abgedeckt werden.

Der Weg in eine solche, klimafreundliche Energienutzung kann allerdings nur gelingen, wenn alle Akteure innerhalb der Gemeinde/der Region einbezogen werden, also neben der kommunalen Verwaltung auch die BürgerInnen und die ansässigen Betriebe. Auch ist es vielfach nötig, den Aktionsradius auszuweiten und z.B. auch die Beschaffung und Verteilung von Gütern oder die Produktion und den Konsum von Lebensmitteln mit in die kommunale Klimapolitik einzubeziehen, neben den „klassischen“ Bereichen wie z.B. der Sanierung des Gebäudebestands, der Förderung von effizienten Haushaltsgeräten oder der Förderung des öffentlichen Nahverkehrs.

Kommunale Klimapolitik wird deswegen immer einem Mosaik aus vielen verschiedenen Ideen, Projekten und Akteuren ähneln.



ZIEL IST...

- Auf Gemeindeebene einen deutlichen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen zu leisten. Dabei sollen die Gemeinden bereit sein, sich die wissenschaftlich geforderte Reduktion der Treibhausgase von 80-95% bis zum Jahre 2050 zum Ziel zu setzen. Das Zwischenziel mit Horizont 2030 soll wenigstens dem der EU entsprechen (z.B. -40% CO₂ gegenüber 1990);
- Sowohl die Ziele als auch die Beweggründe der kommunalen Klima- und Energiepolitik deutlich und kontinuierlich zu kommunizieren. Bilanzen (CO₂-Emissionen, Anteil der Erneuerbaren Energien, Steigerung der Effizienz...) sollen regelmäßig veröffentlicht werden und aufzeigen, inwiefern die Gemeinde auf dem richtigen Weg ist. Bei Bedarf soll nachgesteuert werden. Die Gemeinde veröffentlicht einen jährlichen Klima- und Energiebericht, der im Gemeinderat diskutiert wird;
- Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern in allen Bereichen (Wohnen/Arbeiten, Mobilität, Lebensmittelproduktion...) soweit wie möglich zu reduzieren und die Gemeinde sowohl in ihrer Rolle als Verbraucher als auch in ihrer Vorbildfunktion auf Energiesparen und rationelle Energienutzung umzustellen;
- Nicht nur durch eigene Projekte, sondern auch durch die Unterstützung von Initiativen von BürgerInnen und Betrieben, die erneuerbare Energieproduktion auszubauen und einen regionalen Mehrwert zu schaffen. Die Ansprechpartner innerhalb der Gemeindeverwaltung sowie des Schöffen- und Gemeinderates sollen festgelegt und den BürgerInnen kommuniziert werden;
- Alle BürgerInnen (unabhängig von deren Finanzsituation) und Betriebe zu motivieren und zu beraten, damit auch sie in diesem Bereich aktiv werden und somit langfristig Kosten einsparen;
- Kooperationen auf regionalem/sektoriellem Niveau einzugehen, um von den Erfahrungswerten der Partner zu profitieren, Kosten einzusparen und auf breiter Front aktiv zu sein.



UNSERE VISION

Wir träumen... von einer Gemeinde, die sich als oberstes Ziel setzt, durch Energieeinsparung und effiziente Energienutzung ihren eigenen Verbrauch und denjenigen ihrer BürgerInnen und Betriebe erheblich zu reduzieren.

Einer Gemeinde, die mit aller Konsequenz daran arbeitet, den verbleibenden Energiebedarf durch Strom und Wärme aus erneuerbaren regionalen Energiequellen abzudecken. So trägt die Gemeinde zu einer regionalen Wertschöpfung sowie zum Erhalt oder gar Ausbau von Arbeitsplätzen bei.

Dabei unterstützt die Gemeinde ebenfalls ihre BürgerInnen und Betriebe auf diesem Weg. Sie lässt vor allem Haushalte, die über weniger finanzielle Mittel verfügen, nicht alleine.

Die Gemeinde ist sich bewusst, dass gerade neue „Initiativen von unten“ ein wichtiger Hebel sind, um die Trendwende im Energiebereich anzukurbeln. Deshalb unterstützt sie derartige Initiativen von Vereinen und Menschen – fördert kooperative Modelle des Wirtschaftens und gewährleistet eine praxisorientierte Beratung sowie gezielte finanzielle und logistische Hilfestellungen.



01

D'GEMENG: E WICHTEGEN AKTEUR FIR D'ENERGIE- A KLIMAPOLITIK DUERCH AMBITIONNÉIERT PROGRAMMER

Der Klimapakt hat die meisten Gemeinden angeregt, sich ein Energie- und Klimaschutzprogramm zu geben. Vorgegangen ist in den meisten Fällen eine Analyse des Ist-Zustandes des Energieverbrauchs in der Gemeinde sowie der verfügbaren Einspar- und Erneuerbare Energien-Potenziale. Diese Bestandsaufnahme erfolgte häufig mit der fachlichen Hilfe eines Studienbüros.

Der Mouvement Ecologique begrüßt den Klimapakt ausdrücklich. Dennoch bleiben die daraus resultierenden Ziele, vor allem bei den Energieeinsparungen und der Reduktion der CO₂-Emissionen, angesichts der Herausforderungen noch recht zaghaft. Sie stehen - bei allen Bemühungen - nicht im Einklang weder mit den neuesten Klimazielen der EU bis 2030 (Senkung der Treibhausgas-Emissionen um mindestens 40 % gegenüber 1990, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger auf mindestens 27 %, Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 27 %), noch mit den, weitaus drastischeren Notwendigkeiten, die sich aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Forschung zum Klimawandel ergeben. Nämlich einer völligen Dekarbonisierung aller Bereiche bis spätestens 2050.

Deswegen soll das kommunale Energie- und Klimakonzept zu Anfang der neuen Legislaturperiode in der Gemeinde überprüft und aktualisiert werden. Dabei soll sich die Gemeinde wirklich ambitionöse Ziele in allen für den Klimaschutz relevanten Bereichen geben. Denn nur mit starken Zielen vor Augen wird es auch eine starke Politik in diesem Sinne geben. Auch sollte der daraus resultierende, mehrjährige Aktionsplan unbedingt Prioritäten festlegen, die möglichst viele Bereiche abdecken und eine Dynamik in der Gemeinde auslösen.

→ **Dabei gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, z.B.**

- Berechnung von Einsparpotenzialen bei Gebäuden und Beleuchtung nicht nur für die kommunalen Infrastrukturen, sondern auch für Haushalte und kleinere bis mittlere Betriebe - darauf aufbauend Entwicklung eines Maßnahmenprogrammes;
- Instrumente zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und den Betrieben (Solarkataster, kollektive PV-Anlagen, Nahwärmenetze, Absprachen mit Lanwirten und Waldbesitzern...);

- Projekte im Energie-Einsparbereich gemeinsam mit lokalen/regionalen Vereinen und Organisationen (Thermographie-Kampagnen ...);
- Maßnahmen im Verkehrsbereich (sanfte Mobilität & öffentlicher Nahverkehr) auf kommunaler und regionaler Ebene. (Siehe dazu auch die konkreten Vorschläge zum Thema in dieser Broschüre im Kapitel „Mobilität“).

Die aktualisierten Klimaschutz- und Energiepläne sollen - mitsamt der prioritären Maßnahmen - von einem mehrjährigen Finanzplan begleitet werden. Neben den nationalen Fördertöpfen (z.B. Fonds pour l'Environnement) sollen die Luxemburger Gemeinden zudem verstärkt darüber nachdenken, von europäischen Förderprogrammen zu profitieren (Interreg, Horizon 2020...), dies im Verbund mit anderen Gemeinden/Regionen.

Wichtig ist es auch, dieses Gesamtkonzept mit Hilfe von allen beratenden Kommissionen sowie den Gemeindemitarbeitern zu erarbeiten und der Öffentlichkeit vorzustellen sowie in der Folgezeit immer wieder über den Stand der Umsetzung zu berichten.

02

STAARK DUERCH KOOPERATIOUN AN NETZWIERKAARBECHT

→ **Mitgliedschaft im Klima-Bündnis Lëtzebuerg - gerade jetzt ein Muss!**

Auch wenn natürlich jede Initiative für den Klimaschutz begrüßenswert ist, haben gemeindeübergreifende Projekte meistens die Nase vorn: Die Kooperation innerhalb eines Netzwerkes erlaubt es, besonders effizient zu arbeiten, vorhandene Gelder optimal zu nutzen, kohärente Projekte zu entwickeln sowie einen Erfahrungsaustausch zu systematisieren.

Deshalb wurde 1995 die Struktur des „Klima-Bündnis Lëtzebuerg“ geschaffen, ein Zusammenschluss von mittlerweile 37 Kommunen und 2 NGO's, ASTM und Mouvement Ecologique. Im Klima-Bündnis werden der Klimaschutz und die Nord-Süd Arbeit zu einem gemeinsamen Ziel verbunden: Klimaschutz bei uns - und darüber hinaus Verständnis für Nord-Süd Zusammenhänge, wie zum Beispiel zwischen unserem Ressourcenverbrauch und seinen Auswirkungen auf die Menschenrechte.

Mit einem Beitritt zum Klima-Bündnis verpflichten sich die Gemeinden u.a. zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 10% alle 5 Jahre, zu einer Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen bis spätestens 2030 (Basisjahr 1990) sowie zum Schutz der Regenwälder und der Rechte ihrer indigenen Bewohner. Alles Ziele, die im Einklang mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Klimawandel stehen.

Jede Gemeinde sollte sich, zusätzlich zum Klimapakt, auch im Klima-Bündnis Lëtzebuerg engagieren. Und dies nicht nur, weil Klima-Bündnis-Gemeinden es in der Regel leichter haben, sich im Klimapakt gut zu positionieren: Sie profitieren hierbei von konkreten Projekten und Aktionen, die das Netzwerk z.B. zu Themen wie sanfte Mobilität, erneuerbare Energien oder lokale Lebensmittelproduktion zur Verfügung stellt, oder auch von pädagogischen Modulen für Schulen, Maisons relais und Jugendhäuser. Sondern auch weil dieses Netzwerk ein Sprachrohr der Gemeinden in Sachen Energie- und Klimapolitik gegenüber dem Staat und der EU-Politik ist. Dazu kommt noch der Austausch auf nationaler und europäischer Ebene: Mehr als 1700 Gemeinden sind quer durch Europa dem Klima-Bündnis beigetreten, gemeinsam stellen sie das größte kommunale Netzwerk für Klimaschutz in Europa dar.

→ Erfolgreich dank guter Energieberatungsstrukturen

Eine Beratung, die nahe an den BürgerInnen und den lokalen Betrieben ist, erzielt die besten Resultate. Dabei darf sich eine Beratung nicht darauf begrenzen, dass stundenweise ein Berater auf Abruf zur Verfügung steht. Die bisherigen „info-points“ unter der Regie von myenergy haben aber vielerorts nur begrenzt Erfolg. Dies wohl auch, da sie nicht nahe genug am „Gemeindeleben“ dran sind. Die Gemeinden sollen sich deshalb neue, dynamischere Formen der Energieberatung ausdenken.

Notwendig ist eine Beratung, die in der Gemeinde oder der Region selbst verankert ist, die auf die BürgerInnen und Betriebe zugeht und den Anliegen und Bedürfnissen der unterschiedlichen Gruppen Rechnung trägt. So sollen z.B. Aktionen durchgeführt werden, die den BürgerInnen verdeutlichen, wie hoch das Einsparpotenzial in ihrem Wohnbereich ist (vielen EinwohnerInnen ist das nicht einmal bewusst). Haus-zu-Haus Aktionen, in denen Privathaushalte motiviert werden sich „energiesparend“ fortzuentwickeln oder auch gezielte Aktionen gegenüber bestimmten Bevölkerungs- und Sprachkreisen (z.B. für portugiesische EinwohnerInnen).

Genauso gilt es in den Gewerbe- und Industriezonen der Gemeinde durch gezielte Beratung und gemeinsame Projekte die bestehenden Einsparpotenziale zu mobilisieren. Die Gemeinde - alleine oder besser noch im regionalen Verbund - kann hier für eine gewisse Aufbruchstimmung sorgen und gleichzeitig beratend zur Seite stehen.

→ Dynamik dank konkreter Projekte - Partnerschaften eingehen

Eine Trendwende in der Energiepolitik braucht zahlreiche Menschen, Vereine und Betriebe, die Ideen mit Leben füllen. Deshalb soll die Gemeinde sehr bewusst derartige Projekte/Strukturen/Ideen unterstützen oder soweit wie möglich sogar mitinitiiieren: Diese können reichen von Betrieben, die sich zu Kompetenzpools zusammenschließen oder gemeinsam ein Nahwärmenetz betreiben möchten bis hin zu BürgerInnen, die durch regionale Lebensmittelproduktion einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Oder aber es kann sich um einen Zusammenschluss von Personen und Vereinen handeln, die eine gemeinschaftliche Solaranlage auf dem Schuldach einrichten wollen...

Es sind gerade derartige Initiativen, die - vor allem wenn sie nach außen hin sichtbar werden - eine kommunale Dynamik hervorrufen und wiederum neue Akzente setzen. Rolle der Gemeinde ist es Wegbereiter zu sein, damit sich solche Ideen zu konkreten Projekten entwickeln können.



03

DUERCH NEI SOZIAL INITIATIVEN – NEI GESELLSCHAFTLECH A WIRTSCHAFT- LECH MODELLER DE KLIMASCHUTZ BESONNESCH VIRU BRÉNGEN

Klimaschutz und eine nachhaltige Energiepolitik bedeuten sicherlich Energie sparen, diese effizient zu nutzen und erneuerbare Quellen fördern. Klimaschutz bedeutet aber auch, neue Lebens- und Gesellschaftsmodelle zu fördern, die eben gerade die Energie-Transition im Alltag in die Wege leiten. Zahlreiche Menschen haben dies erkannt und setzen sich in Kooperativen für neue Formen des Miteinanders (z.B. Gemeinschaftsgärten, solidarische Landwirtschaft) ein, und helfen so eine Gesellschaft aufzubauen, die weniger energieintensiv ist (Stichwort: kurze Transportwege, u.v.m...). Hiervon profitiert dann nicht nur das Klima, sondern auch der Zusammenhalt in der Gemeinde, der dabei häufig gefördert wird. Die Gemeinde soll derartige Initiativen bewusst unterstützen, u.a. durch folgende Schritte:



Neue soziale Initiativen können auch im Klima- und Energiebereich viel bewegen, wie z.B. Kooperativen von Solaranlagen, und parallel eine ökonomische Aktivität in der Region sicherstellen. Die Gemeinde sollte diese aktiv unterstützen.

→ Projekte von BürgerInnen unterstützen und begleiten

Die Gemeinde soll ganz bewusst BürgerInnen unterstützen, wenn sie Ideen im Sinne neuer wirtschaftlicher Kooperationen haben. Reparaturwerkstätten, Tauschringe... sie alle helfen die CO₂-Emissionen zu reduzieren und sogar Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Durch derartige Initiativen kann graduell ein wesentlicher Beitrag zu einem neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell geleistet werden – die Gemeinde soll die BürgerInnen deshalb unterstützen. Die Hilfestellung kann reichen von einer gewissen juristischen Beratung (z.B. bei der Schaffung einer Kooperative) bis hin zur Hilfe bei der Werbung. Es soll zudem ein Ansprechpartner für derartige Initiativen in der Gemeinde genannt werden.

→ Sich an Projekten von BürgerInnen direkt beteiligen

Die Gemeinde soll sich – wenn es sinnvoll und möglich ist – direkt an derartigen Projekten beteiligen. Wenn es z.B. ein Projekt zur solidarischen Landwirtschaft gibt, soll sie dort Mitglied werden und das angebaute Gemüse/Obst gemeindeintern verwenden.

→ Über neue Lebensstile informieren

Es ist bekannt, dass die besten technischen Optimierungen – die sogenannte Effizienzsteigerung – nicht ausreichend sind, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Wir brauchen auch eine sogenannte Suffizienzsteigerung, d.h. „anders leben und konsumieren“. Nicht den Konsum in den Fokus rücken, sondern andere Werte des „guten Lebens“. Denn auch wenn ein Produkt ökologischer produziert wird: wenn der Konsum anwächst, wird diese Einsparung wieder „aufgefressen“. Die Gemeinde soll deshalb bewusst auch die Notwendigkeit eines anderen Lebensstils aufgreifen (z.B. auch beim Fleischkonsum).

04

LOTISSEMENTER INTELLIGENT PLANGEN A BAUEN ASS „DIE HALBE MIETE“

Bereits auf der Ebene der Planung von Siedlungen erfolgt eine wichtige Vorentscheidung für die zukünftige Energieversorgung und den Energieverbrauch. Die Gemeinde soll deshalb sowohl bei der Erstellung des allgemeinen Flächennutzungsplanes (PAG) als auch von Teilbebauungsplänen (PAP) u.a. folgende Aspekte berücksichtigen:

- Bei neuen Siedlungen - aber auch parallel zu sowieso notwendigen großen Infrastrukturarbeiten in bestehenden Vierteln/Ortskernen - wird die Möglichkeit der **Schaffung einer zentralen Energieversorgung mit Nahwärmenetz** auf Basis von erneuerbaren Energiequellen geprüft. Falls ein solches Nahwärmenetz sinnvoll ist, erteilt die Gemeinde dem Promotor im Rahmen der gemeinsamen Konvention die Auflage, dieses Netz zu schaffen. Oder aber die Gemeinde wird selbst aktiv.
- Die Gemeinde wird eine **optimale Südausrichtung der Wohnungen und Gebäude** gewährleisten. So können bereits von vorneherein bis zu 15% und mehr Energie eingespart werden.
- Ein **kompakter Wohnungsbau** wird gewährleistet. Dieser hat neben den flächensparenden Eigenschaften auch energetische Vorteile: geringerer Energieverbrauch als alleinstehende Gebäude, die Möglichkeit der Schaffung eines Wärmenetzes und somit einer effizienten Energieversorgung.
- Die **Integration von Solaranlagen** (Photovoltaik und/oder thermisch) wird bei Neubauten empfohlen.
- Darüber hinaus übernimmt die Gemeinde eine **Vorreiterrolle bei gemeindeeigenem Bauland**, auf welchem sowohl neue, kompakte Wohnformen als auch der Einsatz von besonders nachhaltigen und energieeffizienten Baumaterialien vorgeschrieben sein sollen.

05

DÉI BESCHTEN ENERGIE AS DÉI DÉI NET GEBRAUCHT GËTT: SPUEREN AN EFFIZIENT SINN

→ Weniger Energieverbrauch dank einer Energiebuchhaltung

Eine intelligente Energiebuchhaltung, d.h. die regelmäßige Buchführung über den Verbrauch von Heizenergie und Strom (sowie Wasser), soll - nach dem Modell des EnerCoach - für jedes kommunale Gebäude und jede öffentliche Einrichtung/Infrastruktur erstellt und aktualisiert werden. Nur so kann man Energiefallen, Einsparpotenziale usw. erkennen und Konsequenzen ziehen. Diese Maßnahme soll auch in Infrastrukturen, die nicht im Rahmen des Klimapakts begutachtet werden, ergriffen werden.

→ Energetische Optimierung von bestehenden gemeindeeigenen Gebäuden als „Win-win“-Situation

Die Gemeinde soll, nach Auswertung der EnerCoach-Daten, einen mehrjährigen Prioritätenkatalog mit Finanzierungsplan erstellen, nach welchem die gemeindeeigenen Gebäude & Infrastrukturen energetisch optimiert werden. Diese Arbeiten werden übrigens auch vom Nachhaltigkeitsministerium bezuschusst. Dabei ist bei der Sanierung bestehender Gebäude zumindest der Niedrigenergie-Standard anzustreben.

→ Energiesparen durch neue Verfahren

Hier bieten sich zahlreiche Maßnahmen an. Als Beispiel, stellvertretend für andere: Da die Straßenbeleuchtung einen hohen Anteil am Stromverbrauch einer Gemeinde darstellt, soll die Gemeinde einerseits auf eine LED-Straßenbeleuchtung umschalten und andererseits analysieren, inwiefern die Außenbeleuchtung von Kirchen, Gebäuden und Monumenten sowohl zeitlich als auch was die Intensität anbelangt eingeschränkt werden kann. Beim Umstellen der öffentlichen Beleuchtung soll auch das Problem der Lichtverschmutzung angegangen werden, indem z.B. das Abstrahlen nach oben verhindert wird. Bei der Neuanschaffung von Geräten und Fahrzeugen für die Services techniques oder von Informatikmaterial für die Verwaltung muss die Energieeffizienz Priorität genießen.



Eingesparte Energie muss nicht produziert werden! Dies ist immer noch die ökologischste Lösung... Energiesparen und Energieeffizienz müssen deshalb auch für die Gemeinden DIE Prioritäten darstellen.

→ Energiesparen durch Einbeziehen des Gemeindepersonals

Für die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen/Initiativen ist die Beteiligung der Menschen, die tagtäglich in und mit den kommunalen Gebäuden zu tun haben, unerlässlich (Pförtner, Hausmeister, Gemeindemitarbeiter, LehrerInnen...). Die Gemeinde:

- soll sie deshalb gezielt in die Erstellung des Konzeptes (Vorstellung der Maßnahmen, Erläuterungen über deren Sinn und Zweck...) u.a. Projekte einbinden;
- gemeinsam mit dem Gemeindepersonal überlegen, wo generell Energie eingespart werden kann;
- allgemeine Motivationskampagnen zum Energiesparen durch das Gemeindepersonal organisieren (siehe das Konzept E-Light von KB Lëtzebuerg und ebl).

→ Kreativ durch Kooperation mit Schulen

Pädagogische Projekte in Schulen sollen durchgeführt werden, z.B. Projekt „Kinder als Energiedetektive“, Thema „Energie“ im Schulunterricht, ein thematischer Projekttag... Als Herausforderung und Anreiz können die finanziellen Einsparungen von der Gemeinde den Schulen für Projekte zur Verfügung gestellt werden. Beispiele dazu gibt es auch in Luxemburger Gemeinden, z.B. Düdelingen.

→ Contracting-Möglichkeiten prüfen

Die Gemeinde soll darüber hinaus die Möglichkeit in Betracht ziehen, nicht direkt selbst, sondern mittels „contracting“ im Energiebereich investieren zu lassen. Hierbei geht es darum, dass nicht mehr die Gemeinde selbst die Investitionen und Energiesparmaßnahmen zahlt, sondern ein privates Unternehmen. Dabei gibt es verschiedene Modelle:

- Das Anlagencontracting: hierbei übernimmt das Unternehmen die Investitionen, im Gegenzug verrechnet es die Unterhaltskosten/Wärmelieferkosten an die Gemeinde. Die Gemeinde kauft Wärme anstatt Technik und Brennstoffe ('Anlagencontracting'). Der Vorteil für die Umwelt: Die Firma hat ein Interesse, die Energie so rationell wie möglich herzustellen und setzt daher die beste Technik ein.
- Das Einsparcontracting: Hierbei übernimmt die Firma bei Sanierungsmaßnahmen in Gebäuden alle Investitionen zum Energiesparen (Regelung, Wärmeschutzmaßnahmen...). Im Gegenzug zahlt die Gemeinde die alten, also höheren, Energiekosten an die Firma solange, bis sich die Investitionen rentabilisiert haben.

Contracting ist kein Allheilmittel und es ist wichtig, dass die Gemeinde Energiesparziele definiert, damit auch „aufwendigere“ und evtl. weniger lukrative Maßnahmen durchgeführt werden. Energiesparen muss also nicht an reduzierten Budgetmitteln der Gemeinden scheitern. Beim 'Contracting' verteilen sich die Kosten für die Gemeinden über mehrere Jahre.

06

SELWER STROUM PRODUZÉIEREN: FIR DE KLIMA AN AARBECHTSPLAZEN AN DER REGION

Die Energiepolitik der Zukunft liegt bei den Gemeinden/den Regionen. Indem sie selbst in der Energieproduktion aktiv werden, können sie ein deutliches Signal für eine Energiewende setzen. Statt Öl oder Gas für teures Geld im Ausland einzukaufen (samt der damit verbundenen Abhängigkeit) kann sie so, unabhängig von ausländischen Lieferanten, das Geld in der Region halten, einen regionalen Mehrwert schaffen, Arbeitsplätze erhalten und z.B. landwirtschaftliche Aktivitäten unterstützen.

→ Solarenergie: den Zugang erleichtern!

In vielen Gemeinden kann ein Bürger mittlerweile „mit einem Klick“ erfahren, ob sein Dach für die Installation einer Solaranlage - sei es thermisch oder Photovoltaik - geeignet ist. Da die Solarenergie ein wichtiger Baustein in der Energieversorgung von morgen darstellt - und von den Anschaffungskosten her für viele BürgerInnen erschwinglich ist - sind solche „kommunalen Solarkataster“ sinnvoll. Natürlich unter der Voraussetzung, dass die Gemeinde über die Resultate ausreichend und mehrfach kommuniziert, z.B. via Informationsveranstaltungen, „Gemengebuet“ oder Internetauftritt.

- Die Gemeinde soll - eventuell im Verbund mit anderen Kommunen um die Kosten zu senken untersuchen lassen, welche privaten Dachflächen besonders für die Solarenergienutzung geeignet sind und - im optimalen Fall - die betreffenden Haushalte darüber informieren. Somit ist zumindest eine Voraussetzung für einen stärkeren systematischen Ausbau der Solarenergie geschaffen.
- Darüber hinaus soll die Gemeinde die Dachflächen ihrer Gebäude einer Vereinigung von lokalen BürgerInnen (z. B. Kooperativen oder Sociétés civiles) zur Verfügung stellen, damit diese den Bau von Photovoltaikanlagen in die Hand nehmen. Somit braucht die Gemeinde nicht selbst zu investieren und Haushalte, die keine geeignete Dachfläche besitzen, können sich trotzdem an einer Photovoltaikanlage beteiligen. Die Breitenwirkung einer solchen Maßnahme in der Bevölkerung ist zudem äußerst positiv.

Die weitestmögliche Einrichtung von Solaranlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden (Gemeindehaus, Schulen...) soll - falls die Orientierung und die Statik der Gebäude es erlauben - eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

→ Sinnvolle Nutzung der Biomasse fördern

Die energetische Nutzung von Biomasse ist nicht immer unumstritten. Befürchtet wird, dass sich Projekte, die auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen, nach einer Abwägung der Argumente (z.B. Lebensmittelproduktion versus energetischer Nutzung von Biomasse - Naturschutzaspekte - Energieeffizienz u.a.m.) als eher problematisch erweisen. Dies trifft z.B. auf den Anbau von Mais zur gezielten Nutzung in Biogasanlagen zu: sein verstärkter Ausbau ist aus Naturschutzsicht nicht zu vertreten und energetisch umstritten (es muss im Verhältnis

zur produzierten Energie relativ viel „graue“ Energie, z.B. mittels Dünger, aufgewandt werden).

Biomasse ist und bleibt aber eine wichtige Energiequelle der Zukunft. Deshalb soll die Gemeinde diese auch - unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien - fördern. Sie soll gemeinsam mit den Nachbargemeinden und Landwirten ein Konzept der Biomasseverwertung entwickeln, das festgelegten Basiskriterien Rechnung trägt (wie angeführt: Energieeffizienz u.a.m.). Dazu gehört vor allem die prioritäre Nutzung von organischen Abfällen, Grünschnitt und in begrenztem Ausmaß auch von Holz aus umliegenden (gemeindeeigenen) Wäldern, wobei eine Übernutzung der Wälder verhindert werden muss.

Diese Potenziale soll eine Gemeinde bei eigenen Projekten ausnutzen (Holzhackschnitzel, Biogasanlage, Holzvergasung...). Eine effiziente Nutzung durch Wärme-Kraft-Kopplung und/oder Nahwärmenetz soll immer auch vorab geprüft werden.

→ Opportunität der Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemeinde/Region untersuchen

Nicht in allen Gemeinden ist es möglich, Windräder zu errichten. Sei es aufgrund der Windverhältnisse oder der Standortbedingungen. Die Gemeinde soll beim Staat (MDDI) einen Blick in die Windkartei werfen, ob der Ansiedlung von Anlagen in ihrer Gemeinde/Region aus naturschützerischer/ landschaftlicher Sicht nichts im Wege steht. Sind die Rahmenbedingungen für die Einrichtung einer Windkraftanlage günstig, soll sie sich überlegen, z.B. im Rahmen einer Bürgerkooperative Windräder zu errichten.

→ (Kleine) Wärme-Kraft-Kopplung fördern

Wärme-Kraft-Kopplung - auch in kleinen dezentralen Anlagen - erlaubt eine effiziente Nutzung von regional erzeugter Biomasse, da diese einen hohen Wirkungsgrad erzielt. Gemeinden sollen sie gezielt einsetzen.



07

ALS INNOVATIV GEMENG BETRIBER FIR DEN THEMA „KLIMA AN ENERGIE“ GEWANNEN

Obwohl die Möglichkeiten einer Gemeinde auf Betriebe einzuwirken begrenzt sind, wirken sich die Aktivitäten einer Gemeinde auch auf diese aus. Falls die Gemeinde durch eigene Aktionen und die Beteiligung der Haushalte eine positive Stimmung hervorruft, fühlen sich auch Betriebe angesprochen. Mitmachen gehört dann für lokale Unternehmen zum guten Ton. Natürlich sollten die Gemeinden neben der Sensibilisierung ebenfalls die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.

→ „Circular economy“ unterstützen

Ziel der „Circular economy“ ist es geschlossene Kreisläufe zu fördern. Das bedeutet z.B. für Aktivitätszonen, dass Betriebe sich gemeinsam zusammenschließen und ihre Energieversorgung planen. Ein Betrieb hat z.B. vielleicht einen Wärmeüberschuss, den ein anderer Betrieb benötigen könnte. Die Gemeinde soll den Austausch zwischen den Betrieben in diesem Sinne fördern.

→ Gute Vorgaben im Rahmen der Kommodo-Inkommodo-Genehmigung verankern

Im Rahmen der Kommodo-Inkommodo-Prozedur soll die Gemeinde für energiesparende Arbeitsabläufe und die Nutzung erneuerbarer Energien eintreten. Sie kann in ihrem Zuständigkeitsbereich konkrete Auflagen machen oder bei der Umweltverwaltung solche einfordern. Ebenso soll ggf. der Zwang eines Anschlusses an ein Nahwärmenetz vorgeschrieben werden.

→ Betriebe für Energiesparen und erneuerbare Energien gewinnen

Die Gemeinde soll Kontakt zu Betrieben aufnehmen, um über das Thema „Energie“ zu sprechen. Dies ist besonders wirkungsvoll im Rahmen von kommunalen Energiesparkampagnen, in die auch Unternehmen eingebunden werden können. Dabei sollen alle relevanten Themen der Energieversorgung angesprochen werden: vom Energiesparen, der verstärkten Energieproduktion bis hin zum Einkauf von grünem Strom.

→ Wärmenetze fördern

Gerade in Gewerbe- und Industriezonen liegen oft Betriebe nebeneinander, die im Energiebereich durchaus ausgleichend sein könnten. So z.B. wenn eine Firma Wärme als Heizenergie braucht und nebenan ein produzierender Betrieb seinerseits zu viel Abwärme hat. Ein Zusammenbringen aller Akteure in einer Gewerbezone, z.B. an einem regelmäßig stattfindenden „Runden Tisch“, ermöglicht solche Formen der Zusammenarbeit. Die Gemeinde soll auch bereit sein, etwaige Machbarkeitsstudien für derartige Projekte mitzufinanzieren.

08

KLIMASCHUTZ NO VIR BRÉNGEN: DUERCH ENG GUTT BERODUNG AN INFORMATIOUN AN DÉI RICHTEG UREIZER

Die Sanierung von bestehenden Gebäuden ist in vielfacher Hinsicht ein Gewinn: erstens, weil eine bessere Wohnqualität geschaffen wird und zweitens da die Energiekosten reduziert werden. Drittens für die Umwelt, da Energie eingespart wird. Und nicht zuletzt werden auch noch regionale Arbeitsplätze gefördert, anstatt dass Gelder für Erdöl und -gas an Dritt-Staaten überwiesen werden. Deshalb gewährt das Nachhaltigkeitsministerium eine finanzielle Unterstützung für die Sanierung bestehender Gebäude, sowohl an Privatpersonen/Haushalte als auch an Gemeinden.

Das Wissen um die Vorteile und die Möglichkeiten des Energiesparens sowie der erneuerbaren Energien ist dabei eine Voraussetzung für ein energie- und umweltbewusstes Verhalten der Bevölkerung. Allzu oft weiß ein Privathaushalt nicht einmal um das erhebliche Einsparpotenzial, über das er verfügt. Folgende Initiativen drängen sich in diesem Zusammenhang auf:

→ Energieberatung gewährleisten

Um die BürgerInnen (aber auch Betriebe) reell für die Idee des Energiesparens sowie für die Förderung der erneuerbaren Energien zu gewinnen und eine direkte Beratung über längere Zeit zu gewährleisten, wäre eine professionelle Beratungsstruktur auf kommunaler oder regionaler Basis dringend geboten (siehe Punkt 1).

Eine gute Beratung der BürgerInnen braucht mehr als „gute Broschüren“. Die EinwohnerInnen sollten direkt angesprochen werden, z.B. mittels „Haus zu Haus“-Beratung.

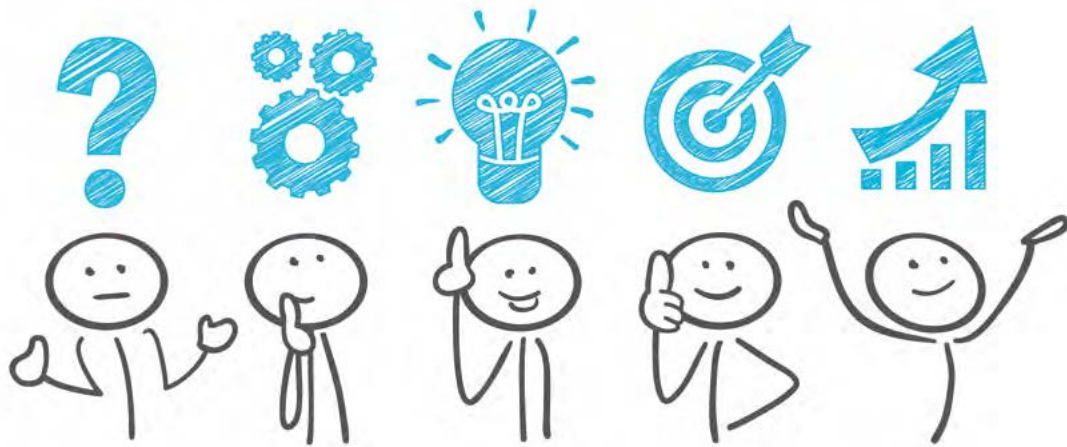


→ Kreative Wege in der Beratung und Sensibilisierung gehen

Eine große Bandbreite von Möglichkeiten erlaubt es, BürgerInnen für eine zukunftsweisende Energiepolitik zu gewinnen.

- Die Gemeinde soll ihre eigenen **langfristigen Einsparziele** veröffentlichen und die erzielten Einsparergebnisse in regelmäßigen Abständen publizieren.
- Eine Energieberatung bei der Erteilung einer **Baugenehmigung** (sei es mittels Informationsschriften oder aber optimalerweise dank eines Energieberaters) soll sichergestellt sein.
- Zusammen mit anderen Gemeinden soll die Gemeinde eine **Energiesparkampagne** für private Haushalte über einen längeren Zeitraum hinweg durchführen (1-2 Jahre). Derartige Kampagnen haben sich als besonders sinnvoll erwiesen. Bei solchen Kampagnen können alle nachfolgenden Punkte Berücksichtigung finden.
- Die Gemeinde soll generell für die **Sanierung von privaten Wohnungen** werben und Informationsmaterial zur Verfügung stellen, das ebenfalls auf die staatlichen Programme hinweist.

- Zudem soll die Gemeinde **neue Wege in der Kommunikation und der Beratung** gehen, auch über klassische Informationsschriften hinaus. Warum nicht Haus-zu-Haus-Besichtigungen anbieten, bestimmte Zielgruppen ansprechen (z.B. Do-it-yourself-Renovierer), bewusst auch Bevölkerungskreise verschiedener Nationalitäten und Sprachen ansprechen, Aktionswochen durchführen u.a.m.
- Eine **öffentliche Anerkennung** von privaten Energiesparern stellt nach wie vor einen guten Motivationsschub für andere dar. In diesem Sinne sollen kommunale Wettbewerbe mit Auszeichnungen und Preisen organisiert werden, da sie die Bereitschaft erhöhen, im eigenen Bereich aktiv zu werden.
- Regelmäßige Informationen über Energiesparmöglichkeiten im **„Gemeengebiet“ bzw. per Internet** müssten eigentlich Standard sein.
- Thematische **Informationstage in der Gemeinde** zum Thema 'Energie' sind außerdem sinnvoll.
- Ein **kommunales Projekt** (z.B. Schulneubau) kann dazu genutzt werden, das Thema „Energie“ mit den Benutzern des Gebäudes zu thematisieren.
- In den **Grundschulen** werden Energiesparaktionen durchgeführt.



*Eine gute Energie- und Klimapolitik ist ein Mosaik aus vielen verschiedenen Ideen, Projekten und Akteuren.
Die Gemeinde selbst sollte alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel voll ausschöpfen.*

→ Zusätzliche finanzielle kommunale Anreize vorsehen

Private Investitionen in die energetische Sanierung rechnen sich meistens erst nach längerer Zeit. Die staatlichen Programme, wie z.B. die „Klimabank“, die zinsvergünstigte Darlehen anbietet oder die „PrimeHouse“-Subsidien, erhöhen diese Rentabilität deutlich und können durch kommunale Subventionen und Anreize noch interessanter gemacht werden.

- Dabei soll die Gemeinde überlegen, Haushalten mit weniger Einkommen gesondert unter die Arme zu greifen. So wird mancherorts z.B. die „allocation à la vie chère“ dazu genutzt, die energetische Sanierung von Wohnungen einkommensschwacher Haushalte anzukurbeln.
- Kommunale Subventionen für energiesparende Haushaltsapparate liefern die Möglichkeit auf positive Art und Weise das Thema zu behandeln.
- Subventionen für thermische Solaranlagen mit Heizungsunterstützung oder für Pelletkessel erhöhen die Akzeptanz für diese Technik.
- Da der Mobilitätsbereich energetisch besonders wichtig ist, sind auch hier finanzielle Anreize sinnvoll: Subventionen beim Kauf eines Pedelec, kommunaler Bus für Vereine, Organisation oder Unterstützung von Wettbewerben mit Preisen („Mam Vélo op d'Schaff“, „Kannermeilen“, „Tour du Duerf“...)

→ Kooperation mit Handwerkskreisen anstreben

Die Gemeinde soll alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um einerseits das lokale/regionale Handwerk zu motivieren in den Bereichen Energiesparen/Energieeffizienz – Erneuerbare Energien aktiv zu werden (z.B. selbst grünen Strom einzukaufen, Solaranlagen zu errichten) und andererseits die Handwerksbetriebe zu unterstützen, indem z.B. „Sanierungstage“ mit regionalen Handwerkern organisiert werden, Vorzeigebjekte promoviert, „Cluster“ (Zusammenschlüsse) von im Hausbau und Energiebereich aktiven Betrieben auf regionaler Ebene gebildet werden... Dabei soll gewährleistet werden, dass die Handwerker in diesem Bereich eine spezielle Qualifikation aufweisen können.

09

KLIMASCHUTZ DUERCH ENG VIELFALT VUN INITIATIVEN – IWWERT DE BERÄICH ENERGIE ERAUS

Die Gemeinde soll sich bewusst sein, dass vor allem die „graue Energie“, d.h. die benötigte Energie für die Produktion von Waren und Dienstleistungen, entscheidend für den Klimaschutz und eine richtige Klimabilanz ist.

Die Gemeinde soll deshalb in ihrer Beschaffungspolitik, ihrer Kommunikationsstrategie usw. immer wieder auch diese Aspekte berücksichtigen. Einige Beispiele:

- Die **Ernährung** ist von zentraler Bedeutung für den Klimaschutz. Deshalb soll die Gemeinde in ihren Strukturen (Kantine...), bei Empfängen regionale, saisonale und wenn möglich biologisch erzeugte Produkte anbieten. Dabei gilt es auch verstärkt darüber zu informieren, dass der heutige hohe Fleischkonsum aus Klimasicht problematisch ist und reduziert werden muss. Wie gut vegetarische Küche sein kann, soll die Gemeinde bei ihren Empfängen usw. demonstrieren. Warum sich nicht auch Initiativen im Ausland anschließen und sogenannte „Veggie-Days“, u.a. mit lokalen Restaurationsbetrieben, organisieren?



- Da **Aluminium** bei der Herstellung viel Energie verbraucht und dessen Abbau Probleme in den Entwicklungsländern hervorruft, werden kurzlebige Aluminiumprodukte und vor allem Verpackungen durch andere Produkte bei der Anschaffung ersetzt.
- Bei der Verwendung von **Holz** gilt: Priorität für Holz der kurzen Wege, also für einheimisches Holz, am besten FSC zertifiziert. Falls Tropenholz, dann nur FSC zertifiziert, wobei aber in fast allen Fällen auf Tropenholz verzichtet werden kann. Ausschreibungen berücksichtigen diese Priorität. Bei Papierprodukten wie Toilettenpapier, Papierservietten oder auch Kopier- und Druckerpapier sollen nur Recyclingprodukte mit z.B. dem „Blauen Engel-Logo“ eingekauft werden.
- **Elektro- und Hybridautos** sind sparsamer, energieeffizienter als Diesel- oder Benzinwagen. Deshalb soll die Gemeinde bei ihrem eigenen Fuhrpark verstärkt auf Elektrowagen zurückgreifen und nationale Initiativen zur Förderung der Elektromobilität unterstützen. Dabei muss jedoch klar sein, dass hierbei die Verwendung von erneuerbaren Energien, also von grünem Strom, ein Muss ist!
- Viel graue Energie steckt auch z.B. in **Baumaterialien**. Je nach Bauart kann mehr Energie in die Herstellung der Materialien gesteckt werden als das Haus selbst in 100 Jahren verbraucht. Die Gemeinde soll sehr bewusst immer wieder ökologische Materialien einsetzen, die mit dem geringstmöglichen Energieaufwand produziert wurden und leicht wiederzuverwerten sind.

Energie- und Klimaschutz umfassen eine Panoplie an Aktionsmöglichkeiten. Als Beispiel: nicht nur die energetische Sanierung von Gebäuden ist wichtig, sondern auch die Auswahl der Materialien. Hier sollte z.B. auf ökologische Materialien zurückgegriffen werden und nicht auf Styropor.